

	<b>Anfragen-Nr.</b>	
	<b>AF-0458/2013</b>	

# Anfrage

Herr Jonny Albrecht  
stellv. Fraktionsvorsitzender der  
NPD-Stadtratsfraktion

<b>Betreff</b>
<b>Anfrage der NPD-Stadtratsfraktion - Kostensteigerungen im Sozialbereich</b>

## I. Sachverhalt

Thüringens Finanzminister Wolfgang Voß schrieb der Oberbürgermeisterin im Rahmen seiner Rede im Stadtrat von Eisenach ins Stammbuch, das genau hinterfragt werden müsse, woher die massiven Ausgabensteigerungen im Sozialbereich kommen. Auch im Vorbericht des Haushaltes 2013 ist die Rede davon, dass durch die wachsende Zahl sozialer Einrichtungen in der Stadt die Sozialkosten steigen.

## II. Fragestellung

Wie interpretiert die Oberbürgermeisterin die Aussagen des Finanzministers und erfolgte bereits eine Analyse der diesbezüglichen Ausgaben? Wenn Nein, wird und wenn Ja wann, diese erfolgen?

1. Inwiefern lassen sich die Ausgabesteigerungen im Sozialkostenbereich in den Haushaltsjahren seit 2009 auf die Entstehung von Altenheimen und ähnlichem (Bsp. Heime für Demenzkranke) zurückführen (nach Möglichkeit bitte beziffern)?
2. Welche stadtentwicklungspolitischen und auch kommunalrechtlichen Instrumente und Möglichkeiten besitzt die Stadt, um künftig das Entstehen ausschließlich kostenbringender Einrichtungen in Eisenach einzudämmen bzw. im Einzelfall zu verhindern?
3. Wie viele Menschen sind seit 2009 vom Wartburgkreis in die Stadt Eisenach verzogen und haben erst hier die Übernahme von Unterbringungskosten in Altenheimen u.ä. Einrichtungen beantragt?

Herr Jonny Albrecht  
stellv. Fraktionsvorsitzender der  
NPD-Stadtratsfraktion



# EISENACH

die WARTBURGSTADT



Stadtverwaltung · Postfach 1462 · 99804 Eisenach

Herr Jonny Albrecht  
stellv. Fraktionsvorsitzender der  
NPD-Stadtratsfraktion

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Datei, unsere Nachricht vom

Datum  
27.06.2013

## **Beantwortung der Anfrage AF-0458/2013**

Ich beantworte Ihre Anfrage wie folgt:

Die Aussagen des Thüringer Finanzministers im Rahmen seiner Rede vor dem Eisenacher Stadtrat zu den Sozialausgaben werden seitens der Stadt Eisenach nicht interpretiert. Im Haushaltssicherungskonzept sowie im Haushalt für das Jahr 2013 wurden bereits Aussagen zu den Sozialausgaben der Stadt Eisenach getätigt.

### **Zu Frage 1**

Mit der Zunahme der älteren Bevölkerung steigt die Zahl der älteren Hilfebedürftigen, und somit auch die Zahl derjenigen die auf staatliche Hilfe und Unterstützung angewiesen sind.

### **Hilfe zur Pflege in Einrichtungen**

Jahr	Fallzahlen	Ausgaben
2009	101	1.161.668,82 €
2010	114	1.255.102,09 €
2011	103	1.172.055,19 €
2012	120	1.352.825,45 €

Ausgabensteigerungen bei den Sozialkosten lassen sich aber nicht auf die Errichtung von Altenpflegeheimen zurückführen, sondern resultieren aus der Steigerung der Fallzahlen bzw. der Steigerung der Kosten. Steigende Fallzahlen führen letztendlich dazu, dass entsprechende Platzkapazitäten benötigt werden, um den Bedarf zu decken.

### **Zu 2.**

Der Bedarf an Altenheim- und Pflegeplätzen steigt aufgrund der demographischen Entwicklung. Dass diese Einrichtungen vor allem in zentral gelegenen Orten wie Eisenach gebaut werden, liegt natürlich an der dort vorhandenen guten Infrastruktur.

Eine Einflussnahme auf Bauvorhaben im Sinne der Anfrage ist mit bauplanungsrechtlichen Mitteln nicht möglich. Altenheime sind Wohngebäude und Pflegeheime soziale Einrichtungen im Sinne der BauNVO und sind insofern außer in Gewerbe-, Industrie-, Kern- und

Sondergebieten zulässig. Insofern ist bei Antragstellung eine planungsrechtliche Zustimmung zu erteilen; eine Begrenzung der Anzahl der Einrichtungen kann nicht über das Baugesetz geregelt werden.

Zu 3.

Wechseln Bürgerinnen und Bürger von ihrem bisherigen Wohnsitz direkt in ein Alten- und Pflegeheim in der Stadt Eisenach, richtet sich die örtliche Zuständigkeit nach § 98 Abs. 2 SGB XII.

Gemäß § 98 Abs. 2 Satz 1 Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) ist für die stationäre Leistung der Träger der Sozialhilfe örtlich zuständig, in dessen Bereich die Leistungsberechtigten ihren gewöhnlichen Aufenthalt zum Zeitpunkt der Aufnahme in die Einrichtung haben oder in den zwei Monaten vor der Aufnahme zuletzt gehabt hatten.

Folgende Zuzüge aus dem Wartburgkreis sind seit 2009 zu verzeichnen:

2009	540 Bürgerinnen und Bürger
2010	532 Bürgerinnen und Bürger
2011	581 Bürgerinnen und Bürger
2012	553 Bürgerinnen und Bürger

Eine Unterteilung der Zuzüge in Alterskohorten ist nicht möglich.

Daher kann auch keine Aussage darüber getroffen werden, wie viele der Zugezogenen aus Altersgründen in die Stadt Eisenach gezogen sind.

Festzuhalten bleibt jedoch, wohnen Bürgerinnen und Bürger länger als zwei Monate in Eisenach und ist erst nach den zwei Monaten ein Umzug in ein Altern- und Pflegeheim notwendig, dann ist die Stadt als örtlicher Träger der Sozialhilfe zuständig, soweit ein entsprechender Bedarf bei dem Einzelnen besteht.

gez. Katja Wolf  
Oberbürgermeisterin